

Protokoll der Sitzung des Geschäftsführungsausschusses

Sitzungstag: 10.03.2021 Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr Sitzungsende: 18:08 Uhr Sitzungsort:-art: Hybrid
Ortsamt Hemelingen
Sitzungssaal 1. OG

vom Ortsamt

Jörn Hermening (online)

Vom Ausschuss die Mitglieder

Ralf Bohr (online)

Heinz Hoffhenke

Hans-Peter Hölscher in Vertretung für Uwe Jahn (online)

Harry Rechten (online)

Gerhard Scherer

Nurtekin Tepe (online)

Wolfgang Rabe (online) ab 17:07 Uhr

beratende Mitglieder

Uwe Janko (online)

Carsten Koczwarra (online)

Gäste

Hannelore Senkstake (Beirat, online)

Bürger

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 24.02.2021 und Rückmeldungen

TOP 2: Wahl einer stellvertr. Sprecherin / eines stellvertr. Sprechers (Zugriffsrecht AFD)

TOP 3: Vorbereitung der Beiratssitzung am 11.03.2021

TOP 4: Themenvorschläge für die Beiratssitzung am 11.04.2021

TOP 5: Vorgemerkte Themen für künftige Beiratsbefassungen

TOP 6: Festlegung von Terminen für Planungskonferenzen bis Mai 2023

TOP 7 Beratung der Geschäftsordnung

TOP 8 Verschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung.

Zur Information: Die AfD Beiratsfraktion hat gemeinsam Wolfgang Rabe für den GFA benannt, somit ist der Ausschuss jetzt vollständig besetzt.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 24.02.2021 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 24.02.2021

wird genehmigt

TOP 2 Wahl einer stellvertr. Sprecherin / eines stellvertr. Sprechers (Zugriffsrecht AfD)

Die AfD Beiratsfraktion hat Wolfgang Rabe als Mitglied für den GFA benannt. Da Wolfgang Rabe noch nicht anwesend ist wird der TOP vertagt.

Wolfgang Rabe hat per E-Mail mitgeteilt, dass er Probleme mit dem Einwählen hat.

Carsten Koczvara testet daraufhin mittels einer Neueinwahl mit den auf der Einladung verzeichneten Einwahldaten und berichtet, dass dies ohne Probleme möglich sei.

TOP 3 Vorbereitung der Beiratssitzung am 11.03.2021

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.02.2021 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Antrag Bündnis90 / Die Grünen zum TOP "Lärmschutz Autobahnzubringer und A1" vom 11.02.2021

TOP 4: Förderung der offenen Jugendarbeit im Stadtteil Hemelingen sowie Vorstellung Kooperationsprojekt STAFF AfSD und Innere Mission dazu eingeladen: Petra Putzer (Amt für Soziale Dienste), Rowena Dalkner (Amt für Soziale Dienste),

TOP 5: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau

TOP 6: Wegebeziehungen auf dem Rennbahngelände
Hier: Beratung des Antrages der CDU

TOP 7: Stand der Versorgung mit KOPs im Stadtteil und Vorstellung der Kriminalitätsstatistik 2020
dazu eingeladen: Dirk Bülow (Polizei Bremen)

TOP 8: Beiratsverschiedenes
u.a.

Antrag der SPD-Beiratsfraktion: Stellungnahme des Beirates Hemelingen zum Wesersprung Ost – Korbinsel Brücke (Fahrrad-Brücke über die Weser

Zu TOP 2:

Gabi Dathe Bürgerantrag

Vor ein paar Wochen ist mir vom Geschichtskreis Sebaldsbrück eine Veröffentlichung namens "Die Vahrer Straße" in die Hände gefallen. Darin geht es auf Seite 51 bis 61 um ein Lager, dessen Bau an der Ecke Vahrer Straße / Ludwig-Roselius-Allee im Februar 1941 begonnen wurde. Es war zunächst für die Unterbringung italienischer Zivilarbeiter gedacht, die in Bremen als Arbeitskräfte gesucht wurden. (Bereits im Juni 1941 mit 652 Mann belegt) Im Laufe des Krieges verschlechterten sich deren Aussichten so, dass trotz Nachfrage ab Oktober 1942 mit keinen weiteren Nachschub-Transporten italienischer Arbeitskräfte mehr zu rechnen war. Am 8. Juli 1943 eröffnete dann neben dem "Italienerlager" eine Bordellbaracke für "fremdländische Arbeiter", zunächst mit 8 Französischen, am 31. Juli ergänzt um 6 Polinnen. Etwa zur gleichen Zeit wurde das gesamte Lager durch Vergitterung der Fenster und Umzäunung mit Stacheldraht auf die Unterbringung von Kriegsgefangenen vorbereitet. Angekündigte holländische Gefangene wurden allerdings anderweitig untergebracht, so dass es sich unmittelbar nach der Kapitulation Italiens am 8. September 1943 für die

Unterbringung gefangengenommener italienischer Soldaten anbot. Geeignet sei es für 1000 Mann, im November 1943 waren es 800. Am 5. Mai 1944 wurden alle Kriegsgefangenen verlegt.

Nach dem Krieg wurde das Lager von Ausgebombten, Zwangsgeräumten und Flüchtlingen unter unzureichenden Bedingungen zT. bis noch bis 1967 als Notunterkunft bewohnt. Für den Bau einer Schokoladenfabrik (heutiges real,-) wurden die Baracken abgerissen.

Als ich meinen Töchtern davon berichtete, waren wir alle irritiert, dass wir davon nicht schon viel früher gehört haben, schließlich wohnen wir nicht weit entfernt.

Berichte über Lager?

Wir kennen Bunker Valentin!

Wir wissen von den großen Lagern in Auschwitz, Dachau oder Sachsenhausen - aber doch nicht hier - bei uns - gleich um die Ecke!

Wie oft stehen wir da an der Bushaltestelle und warten? Niemand von uns hat je eine Gedenktafel o.ä. gesehen. Oder sind wir alle blind? Dabei wäre dort beim Warten DIE Gelegenheit zum Lesen und Nachdenklich-werden. Und vielleicht ist es ja genau sowas, das in Zeiten zunehmenden Rechtsrucks fehlt?

Es war hier, mitten zwischen uns!

Wir möchten hiermit einen solchen Erinnerungspunkt o.ä. anregen. Er kann auch ähnlich einem Stolperstein in der Pflasterung integriert sein. Möglicherweise regt er den Wissensdurst an, macht auf die Tatsache aufmerksam und weist den Weg zu ausführlicheren Infos im Internet. Dort wären ausführlichere Infos dann wahrscheinlich besser vor Vandalismus geschützt.

Zu TOP 3

Vorschlag der Grünen:

*Lärmschutz an der BAB 1 und dem Autobahnzubringer Hemelingen verbessern
Beschluss:*

*Die durch den Stadtteil Hemelingen führende Bundesautobahn 1 (BAB 1) und der Autobahnzubringer Hemelingen sorgen für eine erhebliche Lärmbelastung der Bürger*innen. Die Lärmkartierungen und schalltechnischen Untersuchungen haben ergeben, dass es zu Überschreitungen der Lärmwerte kommt.*

*Insbesondere im besonders schützenswerten Nachtzeitraum sind die Lärmwerte zu hoch und gefährden langfristig die Gesundheit und beeinträchtigen die Lebensqualität der Bürger*innen.*

In Teilbereichen der BAB 1 fehlt der aktive Lärmschutz völlig oder ist von seiner Gestaltung und Höhe nicht mehr ausreichend. Auch am Autobahnzubringer Hemelingen ist kein aktiver

Lärmschutz, bis auf den etwas leiseren Asphalt, vorhanden.

Daher fordert der Beirat Hemelingen vom Senat und von der Autobahn GmbH des Bundes:

1. Zeitnah ein Konzept zu erarbeiten, wie die Lärmbelastung durch die Bundesautobahn 1 (BAB 1) und den Autobahnzubringer Hemelingen in den nächsten Jahren deutlich

gesenkt werden kann und dieses Konzept mit dem Beirat zu beraten.

2. Den vorhandenen Lärmschutz zu überprüfen. Zu überprüfen ob er seine Aufgabe noch erfüllt, ob die Höhe und der Zustand des Lärmschutzes noch den gesetzlichen

Vorgaben genügt oder ob ein Austausch oder eine Erhöhung erforderlich ist. Hierbei ist auch zu prüfen, ob eine Erhöhung mit einer Abwinkelung zur Autobahn und eine

Begrünung oder Nutzung für Photovoltaik möglich ist.

3. Die Lücke im Lärmschutz an der BAB 1 in der Fahrtrichtung Bremen nach Osnabrück von der Eisenbahnbrücke der Strecke Osnabrück – Bremen bis zur Weser zu

schließen.

4. Als Sofortmaßnahme ein nächtliches Tempolimit (22 – 6 Uhr) auf der BAB 1 im Bereich Hemelingen einzuführen. Für PKW, Motorräder und Kleintransporter eine

Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h und für LKW von über 3,5 t bis 7,5 t und über 7,5 t auf 60 km/h anzuordnen.

5. Eine intelligente von der Windrichtung abhängige Regelung der Höchstgeschwindigkeit einzurichten.

6. Am Autobahnzubringer Hemelingen einen aktiven Lärmschutz zu installieren.

Als Sofortmaßnahme auf dem gesamten Autobahnzubringer eine einheitliche Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h anzuordnen.

TOP 6: Wegebeziehungen auf dem Rennbahngelände

Dazu GFA-Protokollauszug vom 24.02.2021

Hannelore Sengstake erklärt, dass sie auf der Sitzung des Beirates am 17.02.2021 um Aufnahme des Themas auf die Beiratssitzung am 11.03.2021 gebeten habe, um auch im Beirat Hemelingen die Diskussion über die auf der Sitzung des Regionalausschusses am 27.01.2021 vorgestellten Planungen einer Wegeführung auf dem Rennbahngelände zu führen. Da im RA auch die Beiratsvertreter:innen aus der Vahr mit abgestimmt haben, hält sie es für keine Entscheidung die für den Beirat Hemelingen bindend sei.

Entfällt, Antrag ist zurückgezogen und wird durch einen anderen ersetzt.

Zu TOP 8

Neu, Antrag der CDU

Prüfungsauftrag an den Senator für Justiz und Verfassung nach § 7 Absatz 4 OBG

Eine rechtliche Beratung / Befassung / Prüfung durch den Senator für Justiz und Verfassung nach § 7 Absatz 4 OBG zur Klärung der Frage, ob es rechtlich zulässig ist, dass Mitglieder des Beirates Vahr im Regionalausschuss über Sachfragen abschließend abstimmen dürfen, die ausschließlich den Ortsamtsbereich Hemelingen betreffen. Fraglich ist, ob durch Beschlüsse des Regionalausschusses höherrangiges

Recht (Wahlrecht) verletzt wird. Die örtliche Zuständigkeit ist ganz offensichtlich nicht erfüllt, weil die Beiratsmitglieder in der Vahr für diesen Bereich nicht gewählt sind und in diesem auch nicht wohnen.

Eine grundsätzliche, rechtliche Klarstellung wäre hilfreich, damit es zu diesem Thema nicht (wieder) zu gerichtlichen Klagen kommt.

Da hier keine besondere Dringlichkeit erkannt wird und in den Fraktionen noch interner Beratungsbedarf zu dem Antrag besteht, ist die CDU damit einverstanden den Antrag am 15. April im Beirat zu behandeln.

Antrag der SPD-Beiratsfraktion Hemelingen

Stellungnahme des Beirates Hemelingen zum Wesersprung Ost – Korbinsel Brücke (Fahrrad Brücke über die Weser)

In der Sitzung der MoBS Deputation (städtisch) vom 11.2.2021 wurde der Sachstandsbericht zum Planungsprozess der neuen Geh- und Radwegbrücken über die Weser (Wesersprünge) vorgestellt und durch die Deputation zur Kenntnis genommen. Für die beiden Verbindungen Mitte und Ost wurde die Fertigstellung bis 2027 prognostiziert. Die zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen bei SKUMS und ASV scheinen nicht auszureichen, um beide Brücken gleichzeitig fertigzustellen und weitere große verkehrspolitische Herausforderungen abzuarbeiten. Weiterhin wird deutlich gemacht, dass Radfahrer heute einen 8km-weiten Umweg in Kauf nehmen müssen, um im Bremer Osten Ziele erreichen zu können.

Der Beirat Hemelingen möge beschließen:

Der Beirat Hemelingen fordert den Wesersprung OST – Korbinsel Brücke vorrangig vor allen anderen „Wesersprüngen“ zu planen und fertigzustellen. Dabei ist darauf zu achten, dass Anschlussstrecken an die Premiumroute und die Brücke, z. B. zum ÖPNV/SPNV, mitberücksichtigt und entsprechend optimiert und ggf. ausgebaut werden.

Der Stadtbezirk Ost hat die mit Abstand meisten Emissionen durch PKW und durch LKW am gesamtbremsischen Aufkommen zu verkraften. Daher ist es besonders notwendig, so schnell wie möglich eine Reduzierung der Emissionen durch die Brücke zu erreichen. Die Ost-Brücke hat die höchsten Effekte auf eine Entlastung der Straßen und Wohnquartiere, sowie in Bezug auf Lärm-, Feinstaub- und CO₂-Minderung und muss daher höchste Priorität haben!

Eine vorrangige Bearbeitung und Fertigstellung des Wesersprungs OST ist auch unter sozialen Gesichtspunkten wünschenswert, da es die Mobilität von wirtschaftlich schwächer aufgestellten Haushalten (ohne PKW) in den südlichen und östlichen Stadtteilen erheblich verbessern wird.

Des Weiteren drängt der Beirat darauf die zusätzlichen drei Verwaltungsstellen beim ASV wie angekündigt schnellstmöglich zu besetzen, um den Zeitplan einzuhalten und ggf. zu beschleunigen. Die Einrichtung einer inter-senatorischen / inter-behördlichen Arbeitsgruppe („Task Force“) unter Einbindung der Vertretung des Landes beim Bund wird hierbei als förderlich angesehen.

*Gleichfalls ist es erforderlich die Kommunikation des Bearbeitungsstands über die Lenkungsrunde hinaus zu erweitern, um eine breite Beteiligung der Bürger*innen zu gewährleisten.*

Die Grünen wünschen eine Änderung des Wortes „vorrangig“ in Satz eins des Beschlussteils durch „gleichrangig“. Die Antragstellende Fraktion prüft bis zur Beiratssitzung, ob der Änderungsvorschlag übernommen wird.

Globalmittelanträge

Jörn Hermening teilt mit, dass auf die Nachfrage des Fachausschusses „Bildung, Soziales, Integration und Kultur an die kath. Gemeinde St. Raphael Bremen bzgl. einer Sozialstaffelung für Familien mitgeteilt wurde, dass es eine Staffelung nicht gebe. In der Anmeldung sei jedoch direkt ein Vermerk, dass man Zuschüsse mit Unterstützung der Gemeinde bei der Daniel-Schnakenberg-Stiftung beantragen könne. Die Gemeinde ist bei der Antragstellung behilflich. Zudem gebe es anonyme Spender, die den Beitrag für Familien bezahlen, die diesen nicht zahlen können. Die Spenden sind in den Anträgen vermerkt. Zudem gebe es noch die Geschwisterermäßigung. Je mehr Kinder aus einer Familie mitkommen, desto günstiger werde die Fahrt dann für das 2. oder 3. oder 4 (sog, Geschwisterstaffelung).

30-060/2021 Katholische Kirchengemeinde St. Raphael, Kinderfreizeit in den Sommerferien
Gesamtsumme 16.838,00 €, Antragssumme € 2.000,00, Empfehlung des Fachausschusses
„Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ 2.000,00 €

31-060/2021 Katholische Kirchengemeinde St. Raphael, Zeltlager in den Sommerferien
Gesamtsumme 26.650,00 €, Antragssumme 4.000,00 €, Empfehlung des Fachausschusses
„Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ 4.000,00 €

Der GFA empfiehlt die Beratung im FA Bildung, Soziales, Integration und Kultur am kommenden Dienstag und anschließende Beschlussfassung im Beirat.

TOP 4 Themenvorschläge für die Beiratssitzung am 11.04.2021

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2021 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau

Vorstellung des KiTa-Neubauvorhabens „Butterblume“ in der Auguste-Bosse-Straße durch Step Kids KiTas

TOP 4 Leerstand im Stadtteil Hemelingen (Bereich öffentliches Eigentum)

TOP 5 Sprachstand Schüler:innen im Stadtteil

TOP 6 BUND Landesverband Bremen e.V. Vorstellung des Projektes Insektenschaugarten

TOP 7 Beiratsverschiedenes

Zu TOP 5: Vorbereitung im FA Bildung am 16.03.2021

TOP 2 Wahl einer stellvertr. Sprecherin / eines stellvertr. Sprechers (wieder aufgerufen, da Wolfgang Rabe inzwischen anwesend ist)

Herr Hermening berichtet, dass die AfD das Vorschlagsrecht hat.

Wolfgang Rabe erklärt, dass die AfD keinen eigenen Vorschlag unterbreitet und sich der Mehrheit anschließt.

Jörn Hermening stellt fest, dass damit auf das Vorschlagsrecht von Seiten der AfD verzichtet wird. Die AfD ist an 7. Stelle mit dem Vorschlagsrecht, an 8. Stelle folgen die Grünen (Anlage 1)

Nurtekin Tepe schlägt Hans-Peter Hölscher als stellv. Sprecher vor.

Hans-Peter Hölscher steht nicht zur Verfügung, da er nur als Vertreter heute anwesend ist, er schlägt Uwe Jahn vor.

Ralf Bohr schlägt sich selbst vor. Das Vorschlagsrecht liege ja bei den Grünen.

Jörn Hermening bestätigt dies, daher soll jetzt über den Grünen Vorschlag abgestimmt werden.

Wolfgang Rabe möchte nun doch einen Vorschlag machen und schlägt den Dienstältesten vor.

Nach mehreren Wortbeiträgen erläutert der OAL, dass nicht erst auf das Vorschlagsrecht verzichten werden kann und dann, wenn der Vorschlag dem Verzichtenden nicht passe, doch das Vorschlagsrecht in Anspruch genommen werden soll. Das Vorschlagsrecht liegt jetzt bei den Grünen, ein Vorschlag ist gemacht worden, darüber werde jetzt abgestimmt.

Zunächst wir über den Antrag einer Vertagung der Wahl abgestimmt.

Ergebnis: Ablehnung (2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

Ralf Bohr kandidiert als Stellv. Sprecher

Ergebnis: Zustimmung (5 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Damit ist Ralf Bohr zum Stellv. Sprecher des GFA gewählt.

TOP 5 Vorgemerkte Themen für künftige Beiratsbefassungen

- Konzept zum besseren Schutz von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen
- Schwerpunktsitzung zum Thema „Verkehr“
- Gemeinsame Sitzung mit den Beiräten Mitte / Östliche Vorstadt, dazu tel. Mitteilung der Ortsamtleiterin Mitte/Östliche Vorstadt: ... weiterhin keine Präsenzsitzungen der Beiräte Mitte / Östliche Vorstadt
- Trinkwasserversorgung /-einsparung (betrifft auch private Brunnen) im Stadtteil Hemelingen
- „Verdeckte“ Mülldeponien im Stadtteil

- Bericht über die Arbeitsweise der Heimaufsicht

- Vorstellung der Bremen Greeters (siehe unter www.deutschland-greeter.de/bremen/) Nach Ende der Pandemie-Auflagen

- DKP – die Komplette Palette – der GFA spricht sich für eine Behandlung im FA Bildung, Soziales, Integration und Kultur aus.

Zu einem eventuellen weiterer TOP Bericht aus der Seniorenvertretung

Die Seniorenvertreter:innen sind vom Ortsamt angeschrieben worden.

Rückmeldungen

- Aufgrund von Corona finden zurzeit keine Treffen statt
- Es wird in der Senioren Vertretung über die unzureichenden Pflegeprobleme in der häuslichen Pflege debattiert.
Dazu gibt es eine Pressemitteilung, die BAGSO sagt, dass die Rahmenbedingungen ambulanter Pflege müsste verbessert werden.
- Impfungen der Jahrgänge 1936 - 1941 laufen ab März – Erfreulich, dass Ehepartner*innen auch einen Termin bekommen.
- In den Heimen wurden die Freiheitsbeschränkungen für Senioren meist aufgehoben. Trotzdem hat eine Online-Umfrage der BIVA- Bundesschutzbundes ergeben, dass sich bei 80 Prozent geimpften die Besuchssituation nicht gebessert hat.

Das Thema wird regelmäßig wieder aufgerufen.

TOP 6 Festlegung von Terminen für Planungskonferenzen bis Mai 2023

Das Ortsamt wird bis zum nächsten GFA Terminvorschläge machen.

Es wird darum gebeten, auch eine PK Kultur einzuberufen.

Weitere Termine

-Planungskonferenz Gesamtkonzept Mahndorf – Mittwoch, den 21.04.2021 um 16:30 Uhr im Bürgerhaus Mahndorf (evtl.)

Die Grünen schlagen vor, den Termin jetzt bereits nur online zu planen.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung (3 Ja Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 7 Beratung der Geschäftsordnung

Der Vorschlag von Uwe Jahn wird morgen in die Beiratssitzung eingebracht, sonst werden nach Diskussion keine Änderungswünsche vorgetragen.

g) Der Geschäftsführungsausschuss tagt grundsätzlich öffentlich, in Ausnahmen wie der Ortsamtsleiterwahl oder in anderen Fällen, in denen eine nicht-öffentliche Behandlung gesetzlich vorgegeben ist, kann der Ausschuss beschließen, nicht-öffentlich zu tagen.

Wird vorgeschlagen wie folgt zu ändern:

g) Der Geschäftsführungsausschuss tagt grundsätzlich öffentlich. In Ausnahmefällen, in denen z.B. eine nicht-öffentliche Behandlung vorgegeben ist, kann oder muss der Ausschuss gem. § 14 (2) (3) OBG die nicht-öffentliche Behandlung beschließen.

TOP 8 Verschiedenes

Anwendung der neuen Grenzwerte bei der Lärmsanierung in der Stolzenauer Straße

Von Hannelore Sengstake wurde bzgl. der Lärmsanierung in der Stolzenauer Straße folgendes weitergeleitet:

Auf die Anfrage von Walter Ruffler (Bahnlärm-Initiative Bremen)¹

Ab wann gelten die neuen Auslösewerte von 54 db(A) für die Lärmsanierung für Eisenbahnen des Bundes (vgl. <https://www.bunvi.de/Shared/Docs/DE/Pressemitteilung/2020/033-scheuer-laermsanierung.html>) und welche Auslösewerte für die Lärmsanierung müssen nach Auffassung der Bundesregierung bei Lärmschutzmaßnahmen in Wohngebieten angewandt werden, deren Plangenehmigung im Jahr 2020 erteilt wurde und deren Umsetzung in Laufe des Jahres 2021 beginnen wird?

über das Büro der Bundestagsabgeordneten Kirsten Kappert-Gonther erfolgte vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die nachfolgende Antwort:

Im Rahmen des Gesetzes zum Bundeshaushalt 2021 wurden die Auslösewerte um weitere 3 db(A) mit Geltung ab 1. Januar 2021 gesenkt. Dies gilt zeitgleich für Gebiete mit ausgeprägter schutzwürdiger Wohnbebauung, zum Beispiel für Wohn-, Dorf-, Misch- und Kerngebiete.

Auslösewerte zur Lärmsanierung in dB(A)

Gebietskategorie	Tag (6:00 bis 22:00)	Nacht (22:00 bis 6:00)
Krankenhäuser, Schulen, reine / allgemeine Wohngebiete	64	54
Kern-, Dorf- und Mischgebiete	66	56
Gewerbegebiete	72	62

Quelle: Erläuterungen zum Bundeshaushaltsplan Epl 12 Kapitel 1202 Titel 891 05

Bei allen Projekten, deren Planrechtsverfahren bereits eingeleitet oder spätestens bis 31. Dezember 2020 beim Eisenbahn-Bundesamt eingereicht wurden, werden die Verfahren aufgrund des weit fortgeschrittenen Projektstandes mit den alten Auslösewerten zu Ende geführt.

Im Rahmen der Fortschreibung des Gesamtkonzeptes der Lärmsanierung erfolgt eine Überprüfung des gesamten Streckennetzes der Eisenbahne des Bundes unter Berücksichtigung der erneuten Absenkung der Auslösewerte. Dabei werden auch die bereits sanierten Streckenabschnitte mit einbezogen. Streckenabschnitte, an denen bei der Fortschreibung erneuter Sanierungsbedarf ermittelt wird, werden entsprechend der noch neu zu ermittelnden Priorisierungskennzahl wieder bei den zu sanierenden Streckenabschnitten eingereiht.

Walter Ruffler hat sich mit nachfolgendem Schreiben an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) gewendet:

¹ Siehe unter <http://www.bahnlarm-initiative-bremen.de/>

Der Parlamentarische Staatssekretär des BMVI, Enak Ferlemann, sagt eindeutig, dass die neuen Auslösewerte ab 1. Januar 2021 gelten!

Allerdings sollen alle bis zum 31.12.2020 bereits eingeleiteten Projekte "aufgrund des weit fortgeschrittenen Projektstandes mit den alten Auslösewerten zu Ende geführt" werden. Zugleich werden diese Streckenabschnitte neu überprüft und "wieder bei den zu sanierenden Streckenabschnitten eingereicht".

Das heißt konkret, dass vielen Wohnungen in der Stolzenauer Straße, bei denen ein Lärmpegel von 55-57 dB(A) ermittelt wurde, jetzt leer ausgehen, obwohl bei ihnen nach den neuen Grenzwerten ein Anspruch auf passive Lärmsanierung besteht. Warum soll die Realisierung dieses Anspruchs nun um Jahre hinausgeschoben werden und sie weiterhin einem nun auch offiziell anerkannten zu hohem Bahnlärm ausgesetzt bleiben? Dieses Verfahren ist unseres Erachtens sachlich und fachlich unangemessen.

Es scheint uns eine Frage des politischen Willens zu sein, ob man bei laufenden Verfahren die neuen Grenzwerte zugrunde legt oder nicht. Zumal in Sachen passiver Lärmsanierung in der Stolzenauer Straße noch nichts erkennbar passiert ist, d.h. es wurden noch keinerlei Lärmgutachten für die passive Lärmsanierung der einzelnen Wohnungen erstellt.

Wir würden uns freuen, wenn das Bremer Umweltressort sich im Interesse der betroffenen Anwohner in Hastedt sich dafür einsetzen würde, dass bei der dortigen passiven Lärmsanierung die aktuell geltenden Werte zugrunde gelegt werden und nicht die alten zu hohen.

Das Thema soll im nächsten FA Umwelt, Gesundheit und Lärm mit Einladung eines:r Referent:in aufgerufen werden.

Informationen des Ortsamtes

Jörn Hermening informiert den Fachausschuss, dass mit Wirkung zum 22.02.2021 Uwe Jahn den FA „Sport“ verlassen hat und Sezer Öncü von der SPD in den FA entsendet wurde.

Uwe Janko beim Oberverwaltungsgericht Beschwerde gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichtes vom 25.01.2021 (1 V 138/20, organschaftlicher Kommunalverfassungstreit nach dem Orts- und Beirätegesetz)² eingelegt hat.

die Anhörung zur Versetzung eines Schaltkastens aufgrund des öffentlichen Interesses auf der morgigen Beiratssitzung beraten werden soll.

von den Grünen wird darauf hingewiesen wird, dass der Ausfall des FA Stadtteilentwicklung nicht begrüßt wird.

gez. Hermening
Sitzungsleitung
u. Protokoll

gez. Rechten
Sprecher

² <https://www.verwaltungsgericht.bremen.de/entscheidungen/>